

## **Vorträge und Aufsätze**

Arbeitsbereich Allgemeine Pädagogik

Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Karl-Franzens-Universität Graz

Jg. 2021

---

# **Denkwerkstatt**

## **Allgemeine Pädagogik**

**Heft 21**

---

Johanna Hopfner

### **Geschlechterforschung.**

### **Fallen und Fälle antikritischer Kritik.**



## **Geschlechterforschung – Fallen und Fälle antikritischer Kritik**

*... man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt! (Marx)*

Nach den turbulenten Phasen der Durchsetzung und Verbreitung ihrer Ideen, nachdem ihnen zumindest vorbehaltlich eine gewisse öffentliche Anerkennung zuteilwurde, vielleicht sogar die schrittweise Etablierung und Institutionalisierung ihrer Anliegen sein mag, ereilt soziale Bewegungen samt ihrer Theorien nicht selten eine Phase der Erschöpfung. Nach einer Zeit der optimistischen Zuversicht, des Aufruhrs, der Provokationen und aufgeregt geführten Auseinandersetzungen kehrt sukzessive die „Normalität des Alltags“ zurück, nur noch vereinzelt flackern Diskussionen auf, die eher von Eingeweihten für Eingeweihte gedacht sind. Das alles sorgt letztlich, mehr oder weniger nachhaltig für Entschärfung, Relativierung, reduktionistische Aufweichung, haltlose Zerstreung, lähmenden Stillstand und im ungünstigsten Fall sogar für die vollkommene Umkehr des erreichten Standes einer sozialen Bewegung – in Theorie *und* Praxis.

Die feministische Bewegung erlebt von Anfang an bis heute immer wieder solche Phasen. Die Gründe hierfür sowie die entscheidende Rolle, die einzelne Vordenker\_innen und Aktivist\_innen in den historischen Epochen und unterschiedlichen Ländern spielten, lassen sich zwar über weite, sogar entlegene Strecken nachvollziehen, sind aber längst nicht erschöpfend behandelt oder dokumentiert.<sup>1</sup> Die Geschlechterforschung erlebt gegenwärtig eine Phase, deren Dynamik und vorläufiger Endpunkt nur schwer abzuschätzen sind. Im Anschluss an die (De)Konstruktionen der Queer-Studies erfolgte konsequenterweise erneut eine radikale Infragestellung der Kategorie Geschlecht; die ganze Bandbreite möglicher Geschlechter und gelebter Sexualitäten drückt sich mittlerweile in dem erweiterungsfähigen englischsprachigen Akronym

---

<sup>1</sup>Exemplarisch seien hier nur genannt: Frevert, Ute (1986): Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt am Main. Gerhard, Ute (1990): Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg. Kersting, Christa (2008): Weibliche Bildung und Bildungspolitik. Das International Council of Women und seine Kongresse in Chicago (1893), London (1899) und Berlin (1904), in: Paedagogica Historica, Heft 3, S. 327-346. Kleinau, Elke; Opitz, Claudia (Hg.)(1996): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, 2 Bde., Frankfurt am Main.

LGBTQI<sup>2</sup> aus. Wie die Diskurse auch ausfallen mögen und unabhängig von den historisch durchaus unterschiedlich ausgeprägten politischen Systemen sowie den wechselnden Erfolgen sozialer Bewegungen gilt noch immer: Es „lassen sich doch in allen Systemen vergleichbare Grundkonstanten feststellen, die einen wirkungsmächtigen Einfluss auf die Lebensgestaltung der Individuen haben: das asymmetrische Geschlechterverhältnis und das kapitalistische Wirtschaftssystem“ (Borst 1997, S. 291)<sup>3</sup>. Beide Grundkonstanten existieren spätestens seit Mitte des 19. Jahrhundert und bilden – freilich vielfach umgestaltet, reformiert und wieder stabilisiert – nicht nur unsere reale Lebensgrundlage. Als „Tatbestände [...], die von menschlichem Handeln entweder abhängig oder zumindest beeinflussbar sind“, erfüllen sie zugleich jene theoretische Grundbedingung, wonach sie – im Unterschied etwa zu Vulkanausbrüchen – „Gegenstände sinnvoller Kritik sein ‚können‘“ (vgl. Heid 2003, S. 60). Es sind eben keine Hirngespinnste, sondern „Sachverhalte“ oder „beobachtbare Resultate menschlichen Handelns“, deren „Bewertung häufig überhaupt erst den Anlass für die Kritik“ gibt, und „die Revision unerwünschter Sachverhalte ist“ schließlich „der Zweck der Kritik“ (vgl. ebd., S. 64). Das klingt relativ einfach. Doch selbstverständlich ist niemand so naiv – schon gar nicht die bisher genannten Autor\_innen – zu glauben, mit der kritischen Analyse jener wirkmächtigen Sachverhalte, die unser Leben bestimmen oder mit einer richtig treffenden „Sachverhaltsinterpretation“ (ebd.) seien die unerwünschten Wirkungen zugleich mit aus der Welt geschafft. Wenn von „Domestizierung der Kritik“ (Heid) oder von „antikritischer Kritik“ die Rede ist, verweist dies auf gesellschaftlich maßgebliche Instanzen, die sowohl auf die Sachverhalte selbst in ihrem Sinne materiell Einfluss nehmen, als auch stets an solchen Sachverhaltsinterpretationen und Kritiken interessiert sind, die die Existenz und den Fortbestand für sie vorteilhafter Sachverhalte mit Notwendigkeit versehen, begründen oder schlicht legitimieren. So paradox es auch scheinen mag, antikritische oder affirmative Kritik *ist* tatsächlich *Kritik* und legt selbst sogar größten Wert darauf, sachgerecht und *nicht* etwa nur interessiert zu sein. Die Sache ist eben genauso vertrackt, wie es der Begriff bereits ausdrückt. Kritik ist in diesem Falle gerade keine bloße Attitüde, kein purer Gestus, der die eigentlichen wahren Absichten nur verschleiert. Kritik ist hier bitterernst gemeint, deshalb erfüllt sie überhaupt jene Legitimationsfunktion und als solche lässt sie sich auch nahezu reibungslos „instrumentalisieren und domestizieren“ (Heid 2003, S. 69). Denn

---

<sup>2</sup> Steht für: Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Queer, Intersexual.

<sup>3</sup> Sämtliche wörtlichen Zitate in diesem Text sind stillschweigend der neuen Rechtschreibung angepasst.

antikritische Kritik teilt doch und sorgt sich in kritischer Distanz, fundamentalen Zweifeln und schwärzesten Krisendiagnosen – so paradox es klingt – letztlich um die friktionslose Geltung nun einmal herrschender Grundprinzipien. An *dieser* Sorte Kritik besteht zweifellos größtes Interesse. „Es ist also keineswegs leichtfertig davon auszugehen, dass in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Kritik dazu beansprucht wird, das insbesondere von den Nutznießern dieser Wirklichkeit Erwünschte zu legitimieren“ (ebd., S. 71). Die Ansatzpunkte dazu, genau so und dafür in Anspruch genommen zu werden, liefern solche Kritiken in der Regel selbst, häufig ohne sich dieser Konsequenzen überhaupt oder in vollem Umfang bewusst zu sein. In diesem Sinne ist hier von „Fallen“ die Rede, in die Geschlechterforschung offenbar immer wieder Gefahr läuft zu tappen. Es interessieren also im Folgenden zunächst allgemein jene Argumentationsmuster, die in kritischer Absicht vorgetragen, dennoch in gewisser Regelmäßigkeit zu gegenteiligen Ergebnissen führen und in letzter Konsequenz sogar das Anliegen der Geschlechterforschung selbst in Frage stellen bzw. unterlaufen (1). Die Melodien und Fälle, an denen sich exemplarisch zeigen lässt, wie antikritische Kritik funktioniert, entnehme ich dem Umfeld der aktuellen Diskussionen über Care, weil sie genau an der Schnittstelle der beiden Grundkonstanten – Geschlechterverhältnis und Kapitalismus – liegen, die Borst konstatiert (2). Ein Plädoyer für ideologiekritische Theorie und Praxis bildet als Schlussakkord, hoffentlich zugleich den Auftakt zu neuen wirklich utopisch ungezwungenen Tänzen (3).

### **Emanzipation oder zwei Fallen antikritischer Kritik**

Aus der Distanz heraus lassen sich oftmals Einsichten gewinnen, die sich nur schwerlich offenbaren, wenn man selbst in irgendeiner Weise involviert ist, entweder aktiv und engagiert beteiligt oder auch „nur“ betroffen. Einsichten – (selbst-)kritische zumal – sind häufig unbequem, bringen bisher sicher Geglaubtes ins Wanken, fordern zunächst gedanklich heraus und zeitigen nicht selten praktische Konsequenzen. Der einfachste und sicherste Weg, Distanz zu bekommen, um sich neue theoretische und praktische Perspektiven zu eröffnen ist und bleibt nun einmal die, dank Nietzsche (1873/1988) aufgeklärte Auseinandersetzung mit der Geschichte in systematischer Absicht, also zum Nutzen für das gegenwärtige Leben. Angesichts der reduktionistischen Rezeption der sozialen Bewegung, namens Feminismus, als gescheiterten Versuch, mit überkommenen Weiblichkeitskonzepten zu brechen, Gleichstellung mit dem

Mann auf allen Gebieten zu erreichen<sup>4</sup>, vor allem aber im Blick auf die aktuellen, tagespolitisch stark gefärbten so genannten „Flüchtlings- und Asyldebatten“ lohnt es sich m. E. besonders, den dreifachen Ausgangspunkt zu erinnern: Feminismus wendet sich als soziale Bewegung gegen Rassismus, Klassismus und Sexismus. Es ging und geht um die gesellschaftlichen Veränderungen, die ein verändertes Geschlechter*verhältnis* implizieren bzw. ermöglichen. Der Weg dahin ist steinig und lehrreich zugleich.

Um sich die Fallen antikritischer Kritik vor Augen zu halten und sie aus gehöriger Distanz zu betrachten, wähle ich die Umstände, Argumentationen, Positionen und Einschätzungen rund um die Frauenstimmrechtsbewegung in den USA des 19. Jahrhunderts. Angela Davis schildert die Auseinandersetzungen um die Einführung des Wahlrechts und die taktischen Überlegungen auf beiden Seiten ebenso ausführlich wie schonungslos. An der Position von Susan B. Anthony, eine der Aktivist\_innen der Stimmrechtsbewegung, lässt sich nicht nur studieren, was es damals bedeutete offensiv für das Frauenstimmrecht einzutreten, welches Engagement und welche Taktik dabei gefragt waren. An diesem Fall zeigt sich ernüchternd und überdeutlich, *welche* Art der Kritik sich *warum* und *wie* instrumentalisieren und letztlich in ihr Gegenteil verkehren lässt. Sobald sich Kritik auf die *Ungleichbehandlung* einer besonderen Spezies konzentriert – in diesem Fall, wie in so vielen Fällen der Geschichte, den Frauen – und *Gleichbehandlung* fordert, tun sich zwei fundamentale Schwachstellen auf. *Zum einen* wendet sich die Kritik mit dieser Forderung exakt an diejenigen Instanzen, die gerade machtvoll für kritisierte soziale und politische Ungleichheit sorgen, die also offenbar ihre Gründe für die ungleiche Behandlung haben und an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes der Benachteiligung interessiert sind, weil sie unmittelbar davon profitieren oder sich auch nur Vorteile versprechen. Verschafft sich die Kritik nun keine oder nur unzureichend Klarheit über diese Gründe, sondern hält es für ihr stärkstes und erfolgversprechendstes Argument, dass nicht etwa die Benachteiligten, sondern vor allem das Gemeinwesen selbst den größten Nutzen aus der Beseitigung des „Missstandes“ ziehe, dann überlässt Kritik es grundsätzlich ihren Gegner und deren Opportunitätsüberlegungen, ob überhaupt, wann und in welcher Form der kritisierte Zustand behoben wird.

Im vorliegenden Fall begutachteten die maßgeblichen Instanzen offenbar längst vor einer Einführung des Stimmrechts die Kräfteverhältnisse sehr genau und wogen ihre

---

<sup>4</sup> Stellvertretend für ähnliche popularisierende Positionen nenne ich: Hager, Angelika (2014): Schneewittchen Fieber. Warum der Feminismus auf die Schnauze gefallen ist und uns das Retro-Weibchen beschert hat, Wien.

Gründe ebenso sorgfältig ab. Henry Blackwell, einer „der prominentesten Persönlichkeiten der Kampagne“, richtete schon 1867 einen eindringlichen Appell an die Gesetzgeber der Südstaaten, doch von der Tatsache Notiz zu nehmen, dass die Stimmrechtsverleihung an Frauen die weiße Vorherrschaft sichern werde, da ihre „4 000 000 weißen Frauen [...] die 4 000 000 Neger und Negerinnen ausgleichen, und die politische Vorherrschaft der weißen Rasse bliebe so unverändert erhalten“ (Blackwell zit. n. Davis 1982, S. 111). Im National American Women Suffrage Association (NAWSA) drängte er später dazu „sich das Frauenstimmrecht als eine Lösung des Negerproblems zu eignen zu machen“, indem er sicherheitshalber gleich noch vorschlug, das Wahlrecht an die Prüfung der Schreib- und Lesefähigkeit zu binden, wohl wissend, dass es in fast allen Staaten „mehr gebildete weiße Frauen als analphabetische Wähler, weiße und schwarze, einheimische und fremde zusammen“ genommen gab (Blackwell ebd.). 1893 verabschiedete der NAWSA unter der Vorsitzenden Susan B. Anthony eine Resolution „die eine Variante von Blackwells früherer rassistischer und klassenspezifischer Argumentationsweise war“ (Davis 1982, S. 112).

Die unheimliche Allianz zwischen der Frauenrechtsbewegung und dem weißen Rassismus ist leider kein Zufall. Sie steht in engem Zusammenhang mit der zweiten Schwachstelle der Kritik an Ungleichbehandlungen. Diese überlässt – wie wir gesehen haben – die Behebung nicht nur praktisch den maßgeblichen Interessen. In der Diagnose „Missstand“ nimmt sich die Kritik *zum anderen* auch inhaltlich weitgehend selbst zurück, gilt ihr doch die erfahrene Benachteiligung lediglich als ein unmoralischer Makel innerhalb einer ansonsten grundsätzlich akzeptierbaren Gesellschaft. So verwandelt sich unter der Hand eine individuell oder partiell als Gruppe erfahrene Benachteiligung in den angeblichen „Verstoß“ gegen ein an sich gültiges Prinzip, das zumindest gelten *sollte*. Im negativen Idealismus blitzt die Frage nach den Gründen für die Benachteiligung zwar noch einmal kurz auf. Getrennt von jeder weiteren Untersuchung steht jedoch fest: Der Missstand ist nicht nur korrigierbar, die Korrektur liege sogar grundsätzlich im allgemeinen Interesse. Besonderen Nachdruck erhofft sich diese Kritik deshalb auch vom Nachweis der Schäden, die andernfalls daraus mittel- oder langfristig für die Gesellschaft selbst entstehen. Das partikulare Interesse verdient letztlich deshalb Berücksichtigung, weil und sofern es dem großen Ganzen nicht schadet, sondern vielmehr nutzt und die gültigen Prinzipien gerade nicht in Frage stellt. So betreibt die Kritik dann selbst ihre eigene Domestikation. Im Streben nach Emanzipation legt sie auf die gesellschaftliche Akzeptanz wert. Themen, mitunter auch Personen sortiert

sie danach opportunistisch aus und konzentriert sich mehr und mehr darauf, die eigene „Besonderheit“ – die ursprünglich überhaupt erst durch jene sozialen Benachteiligungen und Ausgrenzungen entstanden ist – als Frau, Schwarze, Arbeiter\_in, etc<sup>5</sup>. essentialistisch zu kultivieren und ontologisch zu überhöhen.

Die Sorge um die soziale Akzeptanz der Frauenstimmrechtsbewegung veranlasste Anthony dazu, dem schwarzen Feministen Frederick Douglass – den sie erklärtermaßen schätzte – die Teilnahme an den Versammlungen der NAWSA in den Südstaaten zu verweigern. Gegenüber Ida B. Wells – die später den ersten Klub Schwarzer Suffragetten gründete – rechtfertigt sich Anthony ein Jahr nach der mehr als fragwürdigen Resolution: „Ich wollte ihn nicht der Demütigung aussetzen, und ich wollte nicht, dass irgend etwas die weißen Frauen aus dem Süden daran hinderte, in unsere Stimmrechtsvereinigung einzutreten“ (Anthony zit. n. Davis 1982, S. 108). Für die erfolgreiche Erweiterung des exklusiven Stimmrechtsklubs weißer Mittelstandsfrauen, muss man ihn schon mal zum closed shop für schwarze Männer machen, das erspart ihnen die Konfrontation mit Rassist\_innen! Wells sieht darin eindeutig eine Bestärkung der „weißen Frauen in ihrer Haltung gegenüber der Rassentrennung“ (Wells ebd.) und kritisiert Anthonys Rechtfertigung mit opportunistischen Gründen der Zweckmäßigkeit m. E. sogar kompromissloser als Davis, die verharmlosend meint: Anthony könne „selbstverständlich nicht für die rassistischen Irrtümer der Frauenstimmrechtsbewegung persönlich verantwortlich gemacht werden“, sie habe selbst eine „neutrale Haltung gegenüber dem Rassismus“ eingenommen (vgl. Davis ebd., S. 115). An den unterschiedlichen Positionen der drei Frauen zeigt sich eindrücklich, wie sinnvoll es ist, sich die Muster antikritischer Kritik vor Augen zu führen. Antikritische Kritik ist letztlich auch der Grund dafür, warum Streit in den sozialen Bewegungen nicht aus Opportunität oder vermeintlicher Übereinstimmung im Anliegen und blinder Solidarität sistiert werden kann. Die Geschichte der Frauenbewegung ist aus demselben guten Grund von sogenannten Flügelkämpfen geprägt und – eine „neutrale Haltung“ gegenüber einem oder allen drei –ismen ist vom Standpunkt der mensch(heit)lichen Emanzipation aus, schlicht ein Unding. Davon später, sehen wir erst:

---

<sup>5</sup> Hier sind sämtliche Personengruppen einsetzbar, die unter den vielfältigen Formen sozialer Diskriminierung leiden.

## Warum die Care-Revolution nicht scheitern kann

Die Trennung der gesellschaftlichen Sphären – Erwerbs- und private Lebenssphäre – ist so wenig eine Neuentdeckung, wie deren unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung, die sich im hierarchischen Geschlechterverhältnis als „doppelte Vergesellschaftung“ der Frauen (Becker-Schmidt, Knapp 2001, S. 57) widerspiegelt. Es ließe sich vielleicht selbstkritisch darüber nachdenken, ob es immer klug war, von einer Degradierung „weiblicher Praxen“ oder von „weiblichen Arbeitsvermögen“ zu sprechen und neben einer angemessenen Entlohnung vor allem die soziale Würdigung von lebensnotwendigen und kultivierenden Tätigkeiten zu verlangen, die Frauen angeblich auf den Leib geschneidert sind. In den Diskursen über Care und Care-Revolution rächt sich jedenfalls die affirmative Haltung einer Kritik an sozialen Missständen nachdrücklich. Die Missstände heißen nun „Sorgelücke“ oder bezeichnenderweise gleich „Krise sozialer Reproduktion“ (Winker 2015, S. 91). Tatsache ist, dass der Lohn kein Lebensmittel, sondern eine Summe Geldes ist, die als Kostenfaktor in die Rentabilitätsrechnungen der Unternehmer eingeht, aus diesem und keinem anderen Grund überhaupt nur und auch nur in dem Umfang bezahlt wird, wie sie zur Verwertung des Kapitals beiträgt. Die Geldsumme, wovon die *einen* leben müssen, ist für die *anderen* ein frei kalkulierbares Mittel zur Steigerung ihres Vermögens. Der unversöhnliche Gegensatz, der darin beschlossen ist, stellt sich allerdings in den scharfsinnigen Analysen der „Krise sozialer Reproduktion“ genau umgekehrt dar. Dabei wird in kritischer Absicht an alles erinnert, was man in Marx' Kapital über die Ware Arbeitskraft, ihre (mehr)wertbildende Eigenschaft erfährt. Eine Eigenschaft die Arbeit übrigens überhaupt nur „entwickelt“, weil sie unter der Regie des Kapitals und zu keinem anderen Zweck als seiner Verwertung in der Produktion verausgabt wird. Mit der Lohnsumme ist das Potential zur Verwertung eingekauft *und* entgolten, ob und wie die Arbeiter\_innen davon leben und sich reproduzieren interessiert schlicht nicht.

Es bedarf nur einer Kleinigkeit und schon steht die Welt auf dem Kopf. Laut Winker „(ist) es für die Verwertung des Kapitals *nicht nur wichtig*, dass Arbeitskraft reproduziert wird, sondern auch, dass diese Reproduktion möglichst günstig stattfindet“ (Winker 2015, S. 21, Hervh., J.H.). So wird aus dem Geringhalten der Lohnkosten, wegen der eigenen Geschäftskalkulation, glatt eine prinzipielle Sorge um die Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Die müssen sich selbstverständlich einigermaßen „günstig“ gestalten, Kapital muss sich schließlich verwerten, sonst gerät die „soziale Reproduktion“ insgesamt in die „Krise“ und daraus entstehen fatale

„Sorgelücken“, die uns dann wieder angeblich alle betreffen. „Entscheidend ist, dass die entstehenden Reproduktionskosten die Profitrate *nicht allzu sehr belasten* und gleichzeitig zur Reproduktion einer Arbeitskraft führen, die hinsichtlich ihrer Qualifikation und ihrer physischen und psychischen Gesundheit in der Warenproduktion *rentabel einsetzbar* ist“ (ebd., Hervh., J.H.). In Wirklichkeit gilt: nur rentable Arbeit wird überhaupt bezahlt, rentabel ist sie schon und nur deshalb, weil sie dem Unternehmen Profit abwirft, wofür übrigens ihr tatsächlicher Einsatz bereits sorgt, mit all den schönen Folgen für Leib und Leben, die sie auf Dauer nicht mehr so einsetzbar machen und als Aufgaben für den Care-Bereich warten. Anders: die Lohnzahlung ist Grund und Mittel für den Profit, nicht seine permanente Bedrohung. Deswegen ist die Vorstellung absurd, Unternehmen lebten in der ständigen Sorge, die Belastungen für den Profit könnten zu groß und die (Lebens-)Risiken für die Arbeiter\_innen könnten zu hoch ausfallen. Nur wenn man – tapfer in die Fallen der affirmativen Kritik steigt – und den praktizierten Gegensätzen gleichwohl zugutehält, sie seien prinzipiell für die „soziale Reproduktion“, also für das Leben und die Versorgung aller zuständig, dann entdeckt man lauter *Ver-säumnisse* und prangert etwa die „*Unterversorgung* auch in den reichen Ländern“ an, ist im gleichem Atemzug jedoch wieder realistisch genug, zu wissen, welches Interesse wirklich maßgeblich und weshalb „der Druck auf Löhne und Transfereinkommen [...] im Kapitalismus unvermeidlich ist“, wittert dennoch gleichzeitig lauter *Chance* für den „Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems und die Steigerung der Real-löhne, damit sich Menschen gut ernähren und kleiden, eine Wohnung finanzieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können“, um die ganzen tollen Segnungen ausgerechnet „in der globalen Konkurrenz“, also durch das böse auswärtige Kapital wieder „in Gefahr“ gebracht zu sehen. (vgl. Winker 2015, S. 140).

Die maßgeblichen Instanzen kommen nicht als Verursacher und Nutznießer der eingerichteten Verhältnisse, sondern entweder selbst als Betroffene oder als Auswege aus der „Krise sozialer Reproduktion“ oder als Beides zugleich vor. Betroffene, weil die Krise „in der Folge“ ihre „Kapitalverwertungsprobleme verschärft“ und ihre „Strategie, den Arbeitenden Ressourcen zu entziehen [...] an Grenzen“ stoßen lässt (vgl. Winker 2015, S. 115). Als Auswege verwandeln sich deren Interessen unter der Hand zwar in etwas hinderliche, aber unverrückbar notwendige Bedingungen der Möglichkeit die „konkrete Utopie“ einer solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen. Eine längst überfällige Veränderung, von der auch sie als Betroffene und Auswege profitieren, weil damit letztlich allen, dem „menschlichen Leben in seiner ganzen Vielfalt – auch in

folgenden Generationen“ gedient wäre. Die Transformation in die solidarische Gesellschaft mache umfassende Arbeitszeitverkürzungen notwendig, damit genügend Zeit für Kinder und zu pflegende Angehörige bleibe. Selbstverständlich müsse damit auch ein Lohnausgleich verbunden sein, weil die pure Zeit noch keine wirkliche Unterstützung für die Familien darstelle. Und im nächsten Schritt fällt dann gleich noch auf, „eine radikale Arbeitszeitverkürzung alleine, auch bei vollem Lohnausgleich zur Existenzsicherung“ reiche nicht aus, weil – man ahnt es schon – „die kapitalistische Produktionsweise *notwendig* Erwerbslosigkeit mit sich bringt“ (Winker 2015, S. 159, Hervorh., J.H.). Ohne auch nur irgendeinen Gedanken darauf zu verschwenden, welche Rentabilitätsgründe und Rechnungsarten die Erwerbslosigkeit „notwendig“ machen, unterstellt und akzeptiert Winker Erwerbslosigkeit als nun einmal gegebenes Faktum und bemüht als geistigen Ausweg eine weitere Instanz, die das Ideal der kuscheligen Solidargesellschaft, trotz dieser unantastbaren Notwendigkeiten der Produktionsweise, vielleicht doch noch befördern kann. Damit sich „Menschen beispielsweise mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen [...] bewusst für eine Auszeit aus der Erwerbsarbeit“ entscheiden können, ist – wer hätte es vermutet – „eine hinreichende soziale Absicherung erforderlich, die auf qualitativ hohem Niveau die menschlichen Bedürfnisse abdeckt“ (ebd.) – An die „Hartz – Gesetze“, die in der BRD der „entscheidende Hebel“ dafür waren, „einen solchen Niedriglohnsektor zu schaffen“ und EUweit für die zweitniedrigste Lohnquote = Anteil der Löhne am Nettosozialprodukt<sup>6</sup> sorgte, nur noch übertroffen von Griechenland (vgl. Winker 2015, S. 99), darf man an der Stelle nicht mehr denken. Auch nicht daran, dass offenbar kein staatliches Interesse daran besteht, für „eine hinreichende soziale Absicherung“ zu sorgen, wenn die „Staatsausgaben begrenzt (werden), indem die Leistungen der Sozialsysteme reduziert und die Zugangsbedingungen verschärft als auch bisher vom Staat wahrgenommene Aufgaben so weit wie möglich auf private Unternehmen oder in Familien verlagert werden“ (ebd., S. 99f).

Daran zeigt sich Winker lediglich, wie wenig die Wirklichkeit noch dem eigenen Ideal entspricht, insofern „die herrschende Produktionsweise in ihrer Funktionslogik ein nicht an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiertes System ist“, was freilich auf Dauer nicht gut gehen kann, weil „eine Gesellschaft nicht zukunftsfähig ist, in der die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse davon abhängig ist, ob dies gewinnbringend

---

<sup>6</sup> oder die zweithöchste *Ausbeutungsrate* garantierte, wenn man einmal das ‚böse‘ Wort gebraucht, welches das Verhältnis der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft hinreichend charakterisiert.

geschehen kann“ (Winker 2015, S. 141). Die ideelle Sorge um die Zukunft der (Welt-)Gesellschaft zeigt sich eben kaum beeindruckt von der Tatsache, dass die kapitalistische „Logik“, die Befriedigung der Bedürfnisse an deren Zahlungsfähigkeit zu binden, schon über 200 Jahre „funktioniert“. Alle bekannten Maßnahmen, die *dafür* staatlicherseits ergriffen werden und von Winker eben durchaus noch als Gründe für „Zeitnot und Existenzunsicherheit bei Care-Arbeitenden“, für Überlastung, mangelnde Selbstsorge und Erschöpfung (Winker 2015, S. 55 - 90) gewusst waren, sind nur knapp 100 Seiten weiter schon vergessen. Und derselbe Staat erscheint als adäquater Ansprechpartner für das glatte Gegenteil, die nachhaltige Sorge für die Realisierungsbedingungen der Care-Projekte, die regelmäßig „auf massiven Widerstand der Unternehmensverbände (stoßen), da sie eine Umverteilung zulasten der Profite bewirken“ (Winker 2015, S. 155). Das ist nun allerdings durchgängig eine Kritik nach dem Muster: Wasch‘ mir den Pelz, aber mach‘ mich nicht nass! Keine interessierte Maßnahme von Staat und Kapital, die nicht offen angesprochen und verurteilt würde! Um beim nächsten Schritt in die solidarische Gesellschaft *dieselben* Instanzen als prinzipielle Hoffnungsträger zu verhandeln, die dafür in realistischer Weise effektiv und praktisch sorgen können, sind sie doch mächtig und maßgeblich. So bleibt in der affirmativen Kritik der prinzipielle Glaube an das zuträgliche Wirken von Staat und Kapital selbst noch erhalten, wenn das Gegenteil der Fall ist und die mühsam erkämpften Schritte wieder zunichtegemacht wurden. „Solidarische Praxen zwischen Erzieher\_innen und Eltern oder die Etablierung von Care-Räten im Gesundheitsbereich etwa können bestehen bleiben, auch wenn eine erkämpfte bessere Ausstattung der Einrichtungen wieder verloren geht“ (Winker 2015, S. 150). Gerade dann ist Solidarität schließlich gefragt, um aus der Not eine Tugend zu machen und die schlechtere (Personal)Ausstattung, die miese Unterbringung in Lagern, die Auflassung von Beratungsstellen, Freizeitassistenz etc. ehrenamtlich zu kompensieren. Dann könnte man sich freilich den Umweg über die Care-Revolution auch gleich sparen und sich praktisch in die raue neoliberale Wirklichkeit fügen, die auch so schon wieder reichlich Gelegenheit zu fürsorglichem, sozial ausgleichendem, solidarischem Handeln bietet.

Genau dafür wurden und werden Frauen noch immer eingespannt und – sie wehr(t)en sich dagegen, unterschiedlich erfolgreich und mit mehr oder weniger guten Argumenten. Denn eines war klar, die Aufgaben in Haus, Familie, Kindererziehung, Angehörigenpflege blieben stets eine notwendige, aber eben nur die Begleitmusik, wenn man so will das „Abfallprodukt“ der politisch und ökonomisch bedeutsameren

Erwerbssphäre. Auch eine Sphäre persönlicher Abhängigkeiten, moralischer Erpressungen und Verpflichtungen, mit Ansprüchen auf Pflege, Geborgenheit, Miteinander, familiären Zusammenhalt, Liebesdienste etc., die erfüllt, vernachlässigt oder verweigert werden konnten. Immerhin wusste der Frühsozialist Fourier bereits wie energieverzehrend Hausarbeit ist und für die Tatsache, weshalb drei Viertel der jungen Mädchen „an dieser Beschäftigung keinen Gefallen finden, wohl aber an Putz, Tändelei und Zerstreuung“, kennt er einen völlig anderen Grund als die moralische Beschuldigung, die Mädchen taugten nichts, „aber es ist nur euer sozialer Mechanismus, der nichts taugt“ (Fourier 1808 zit. n. Daniel 1992, S. 93). Er kann sich in seiner Utopie einer Gesellschaft vorstellen, die häuslichen Arbeiten so weit zu vereinfachen, dass „ein Viertel oder ein Sechstel der Frauen Hausfrauen wären“ (Fourier ebd.), also in etwa die Anzahl, die auch Freude an den Tätigkeiten hätte. Das ist nämlich eine Grundbedingung in seinem „sozialen Mechanismus“, dass die Leidenschaften die gesellschaftsbildenden Kräfte darstellen und nicht deren Disziplinierung. Dann werden sich dafür freilich auch nicht nur Frauen finden. Am deutlichsten zeigt sich die klare Trennung, geschlechtliche Zu- und Unterordnung der Sphären noch einmal dort, wo Hausarbeit selbst dem Erwerb dienen sollte. Davis spricht aus diesem Grund von „Haus-Sklaverei“, weil die Tatsache dazu genutzt wurde, den Lohn der schwarzen Hausangestellten zu drücken. Schließlich seien die Tätigkeiten purer „Hausfrauen-Ersatz“ (vgl. Davis 1982, S. 226) und müssten allenfalls als Zuverdienst angesehen werden. Eine Argumentation, die sich in den Care-Bereichen bis heute hält und schon immer besonders Frauen aus den kapitalistischen Hinterhöfen betraf und betrifft. Winker selbst spricht mit Jürgens „von einer ‚massiven Erosionsdynamik‘, [die] das Ernährermodell erfasst“ habe (vgl. Winker 2015, S. 29) und gesteht damit zum einen – ohne es zu beabsichtigen – ein, dass man sich offenbar von Lohnarbeit gerade nicht reproduzieren kann, und der Zuverdienst der Frau unverzichtbar ist, will sich eine Familie überhaupt ernähren. – „Erosion“ ist in diesem Fall ein allzu schönes Wort für die zielstrebige Veränderung der Lohnquote. Zum anderen wird klar, der Reproduktionsbereich eignet sich im Kapitalismus am allerwenigsten für gesellschaftliche Veränderungen. Für Davis jedenfalls galt umgekehrt und im Anschluss an den Utopisten Fourier gilt auch weiterhin, die „Vergesellschaftung der Hausarbeit - einschließlich der Essenszubereitung und Kinderpflege – setzt das Ende der Herrschaft der Profitsucht über die Ökonomie voraus“ (Davis 1982, S. 323).

Die wohlfeile Idee, im Zuge einer „Care Revolution [...] anknüpfend an die Erkenntnis feministischer Politik die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit ins Zentrum“ zu rücken und „Care-Arbeit [...] als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung“ zu wählen (Winker 2015, S. 143), verspricht nach allem, was wir bisher erfahren haben, an der Situation der Frauen nicht das Geringste zu ändern. Realiter bleibt, wie Soiland festhält, der ganze „Bereich der sozialen Reproduktion mehr oder weniger sich selbst überlassen“ und es wird weiterhin „stillschweigend davon ausgegangen, dass Frauen es sind, die die im Zuge des Sozialabbaues anfallenden Mehrarbeiten für private Haushalte gratis übernehmen“ (Soiland 2009, S. 16)<sup>7</sup>. An eine Entlastung oder Befreiung vom Druck der Fürsorgeaufgaben ist nicht gedacht. Sie werden entweder noch immer nebenbei und selbstverständlich unentgeltlich oder eben (semi-)professionell und bezahlt zu miserablen Bedingungen, unter dünner Personaldecke, mittels Fallpauschalen erledigt. Wahrscheinlich läuft das Ganze darauf hinaus, die „Strategische Entthematisierung von Care-Arbeit“ (Winker 2015, S. 52) aufzubrechen. In diesem Rahmen könnte man sich wenigstens einmal pro Jahr in einer Art gesamtgesellschaftlichen Care-Tag laut, hörbar und deutlich sichtbar den Inhalten der Care-Arbeiten widmen, die ansonsten bekanntlich „als Selbstverständlichkeit betrachtet oder überhaupt nicht wahrgenommen [...] nicht als Arbeit gesehen (werden), die Zeit“, bekanntlich auch ganz viel „Empathie und das Einlassen auf das Gegenüber“ erfordern. Und bei der Gelegenheit wäre auch daran zu erinnern, „dass ohne Sorgearbeit weder Menschen individuell überlebensfähig sind noch sich die Arbeitskraft als Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Produktion erhalten lässt“ (vgl. ebd.). Zu dumm nur, dass die „Arbeitskraft“ stets an überlebenswilligen Menschen hängt! Aber davon gibt es zurzeit und dank des global wirkenden Kapitals mehr als genug, die ohne Möglichkeit zur „Selbstsorge“ vor Hunger, Not, Krieg und Armut fliehen und, erst nach sorgfältiger Prüfung und (asyl-)politischer Sortierung versteht sich, tatkräftig und günstig zur Lösung der oben schon genannten „Kapitalverwertungsprobleme“ beitragen können. Ob der andere Vorschlag, sämtliche menschliche Reserven in die Care-Arbeit einzubinden, z. B. „ältere Menschen jeden Geschlechts verstärkt“ Reproduktionsarbeit ausüben zu lassen, „sobald sie für die Lohnarbeit nicht mehr zur Verfügung stehen“, in der jetzigen Situation überhaupt noch aktuell ist, wage ich nicht abzuschätzen. Überhaupt klebt die ganze Utopie einer solidarischen Gesellschaft viel zu sehr am Bestehenden. Mehr

---

<sup>7</sup> Die Hinweise auf diese und andere Autor\_innen verdanke ich den „Hängematten-Gesprächen“ mit Eva Borst.

noch, sie gewinnt allererst und in negativer Abgrenzung zu all den Gegensätzen einer kapitalistischen Klassengesellschaft samt den zugehörigen hierarchischen Geschlechterverhältnis ihren gesamten idealen Gehalt. Das ist der einfachste und letzte Grund dafür, warum *diese* Revolution nicht scheitern kann.

## Wozu eine Kritik der antikritischen Kritik?

Die Antwort fällt nun leicht: Sie ist der Weg zu einer menschlichen Emanzipation. Solange Rassismus, Klassismus und Sexismus bestehen, sind die Fallen der antikritischen Kritik gestellt. Wer als Einzelwesen oder betroffene Gruppe die Emanzipation von seiner besonderen Benachteiligung verlangt, läuft allzu oft Gefahr, auf dem halben Weg stehen zu bleiben. Darin liegt der tiefere Sinn, weshalb sich das „Fragen nach dem kulturellen Ort der Frau, ihrer Identität und ihrer Intellektualität mit einer Kritik der – darin schon immer eingelassenen – politischen Ökonomie verbinden muss“ (Borst 207, S. 26). Das hoffte ich exemplarisch zu zeigen – ein wenig streitig, ein wenig ironisch, aber stets in der Absicht, die Adressat\_in der Kritik „auch aktiv und konstruktiv an der Konstitution der Kritik“ zu beteiligen (Heid 2003, S. 72) und ihr Mitdenken und freies Urteilen zu provozieren. Bleibt nur noch die Frage offen, wie die besondere Emanzipation als affirmative Kritik in ihr Gegenteil umschlägt oder warum die politische Emanzipation regelmäßig mit der Entmündigung einzelner oder ganzer Gruppen von Menschen einhergeht. Das wusste schon Rousseau. Die menschliche Natur müsse man nämlich gewaltsam ändern, wenn die einzelnen Individuen „die in sich selbst und für sich allein ein vollkommenes Ganzes“ sind, „in den *Teil* eines größeren Ganzen“ umgewandelt werden, aus dem sie ihre Lebenskraft und Grundlage künftig beziehen. „Er muss *dem Menschen seine eigenen Kräfte* nehmen, um ihm fremde dafür zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann“ (Rousseau zit. nach Marx 1843/1988, S. 370). An die Stelle einer unabhängigen Existenz ist die einer „*moralischen Teilexistenz* zu setzen“ (ebd.). Die politische Emanzipation ist nicht etwa zu wenig nachdrücklich und nachhaltig in ihren Forderungen. Sie erreichte vielmehr genau diese Trennung, die moderne kapitalistische Staatswesen auszeichnet, in denen sich unabhängige Privatsubjekte in der Sphäre des Geldverdienens herumschlagen (müssen) und daneben und getrennt davon als Staatsbürger und Teil eines größeren Ganzen, von denjenigen Berücksichtigung erwarten, vehement kritisch fordern, moralisch empört einklagen oder auch nur noch resigniert vermissen, die genau die Sachverhalte, mit denen sie sich herumschlagen, politisch zu verantworten, eingerichtet und Interesse an deren Aufrechterhaltung haben.

Erst wenn er sich selbst und seiner Kräfte bewusst wird, seine Lebensbedingungen selbst gestaltet, dabei auf seine eigenen Kräfte, die physischen und die geistigen, auf Gefühl und Verstand vertraut, sich auf die Überzeugungskraft seiner Argumente ver- und die Fallen antikritischer Kritik hinter sich lässt, wenn er in vollem Umfang als

individuelles Gattungswesen in nunmehr tatsächlich im Wortsinne *menschenwürdigen* Zuständen lebt, sind die Verhältnisse „der menschlichen Welt [...] auf den *Menschen selbst*“ zurückgeführt (Marx 1843/1988, S. 370). Denn „erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als *gesellschaftliche Kräfte* erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt“, sie ermächtigt und über sich gebieten lässt, „erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht“ (ebd.). Dazu kann Erziehung beitragen, sie kann aber auch selbst als verlängerter Arm der politischen Kraft wirken und im Namen der Kritik und der angeblich noch zu entwickelnden Kritikfähigkeit der Subjekte die anhaltende Versteinerung der Verhältnisse betreiben, wie dies bislang offenbar „in der ganzen Menschheitsgeschichte auch üblich“ war (Heid 2003, S. 60). Dann doch lieber – aus gegebenen Anlass – ausgelassen und ungezwungen tanzen!!

## **Literatur:**

- Becker-Schmidt, Regina, Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Feministische Theorien zur Einführung, Dresden.
- Borst, Eva (1997): Reformpädagogik, in: Armin Bernhard, Lutz Rothmel (Hg.): Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim, S. 291 – 301.
- Borst, Eva (2007): Gefährdungen des Denkens. Zum Verhältnis von Frauen und Macht, in: Eva Borst, Rita Casale (Hg.): Ökonomien der Geschlechter, Opladen, S. 13 – 28.
- Davis, Angela (1982): Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA, Berlin.
- Daniel, Ute (1992): Die Liebe, das Klima und der Kosmos. Das revolutionäre Potential des Privatlebens in der Utopie des Frühsozialisten Charles Fourier, in: Karin Hausen, Heide Wunder (Hg.): Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte, Frankfurt am Main, S. 89 - 98.
- Frevert, Ute (1986): Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt am Main.
- Gerhard, Ute (1990): Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg.
- Hager, Angelika (2014): Schneewittchen Fieber. Warum der Feminismus auf die Schnauze gefallen ist und uns das Retro-Weibchen beschert hat, Wien.
- Heid, Helmut (2003): Domestizierung von Kritik. Legitimationsprobleme des Kritischen im Kontext pädagogisch bedeutsamen Denkens und Handelns, in: Dietrich Benner u.a. (Hg.): Kritik in der Pädagogik, Weinheim, S. 54 – 74 (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 46).
- Kersting, Christa (2008): Weibliche Bildung und Bildungspolitik. Das International Council of Women und seine Kongresse in Chicago (1893), London (1899) und Berlin (1904), in: Paedagogica Historica, Heft 3, S. 327-346.
- Kleinau, Elke, Opitz, Claudia (Hg.)(1996): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, 2 Bde., Frankfurt am Main.
- Marx, Karl (1843/1988): Zur Judenfrage, in: Marx Engels Werke MEW, Bd. 1, S. 347 – 377, Berlin.
- Nietzsche, Friedrich (1873/1988): Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Stuttgart.

Soiland, Tove (2009): ‚Gender‘: Kontingente theoretische Grundlagen und ihre politischen Implikationen, in: Gender Politik online.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld.

## **Impressum**

© 2021 Johanna Hopfner

Erstveröffentlichung in:

Kira/ Nierobisch/ Manuel Rühle/ Helga Luckas (Hrsg.): Widerstände und Perspektiven. Kritische Zugänge zur Theorie der Bildung. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren 2016, S. 217-230.

Bildhinweis:

Das Titelbild zeigt die Tischlerei-Werkstatt im Bauhaus Weimar – Filmset (Nachbau).

Zu finden unter: <https://bauhaus.daserste.de/frauen-am-bauhaus>

Die Verwendung dieses Beitrags erfolgt mit freundlicher Genehmigung von  
Johanna Hopfner.